

Bekleidungs-gewerkschaft

Organ des Verbandes christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungs-gewerbes
u. des Berufsverbandes christlicher Futurbeiter mit der Monatsbeilage „Die berufstätige Frau“.

Erscheint alle 14 Tage Samstags. Bezugspreis: Durch die Post für Nichtmitglieder vierteljährlich 8 Mark ohne Postgebühren.

Köln, den 21. Mai 1921.
Geschäftsstelle Denloerwall 9. Fernruf A 8338.

Redaktionschluss Montagsmittags vor dem Erscheinungstag. Inseratenannahme: Otto Kleine, Berlin SW 47, Rödernstraße 67.

Die Frühjahrslohnbewegungen in der Maßbranche.

Die Lohnbewegungen in der Maßbranche haben nunmehr ziemlich restlos ihre Erledigung gefunden. Das Ergebnis derselben darf im allgemeinen befriedigend bezeichnet werden. Die vereinbarten Stundenlohnsätze sind, von wenigen Ausnahmen abgesehen, höher, z. T. wesentlich höher als im Schiedspruch von Jena. Am besten haben das besetzte Gebiet und das rheinisch-westfälische Industrieregion abgegrenzt. Daraus ändert auch die Tatsache nichts, daß einzelne Orte auf dem Schiedspruch von Jena stehen blieben. In solchen Fällen lagen besonders Verhältnisse vor, sei es, daß die Orte schon im Schiedspruch der Unparteilichen über die allgemeine Norm hinaus bedacht, oder daß Verbesserungen in den Reichslohnklassen vorgenommen wurden. Es würde zu weit führen, noch einmal auf den Verlauf der Lohnbewegungen in allen Einzelheiten einzugehen. Nur einige kurze Bemerkungen allgemeiner Natur wollen wir heute machen.

Wohl selten hat sich die Erledigung schwebender Lohndifferenzen so lange hingezogen, wie in diesem Frühjahr. Mehr als 4 Monate waren notwendig, um zu einem Ergebnis zu kommen, welches die Gehilfen befriedigte. Dreimal haben sich die Hauptvorstände tagelang abgemüht, ohne zu einer Einigung zu gelangen. Schließlich mußte man von der zentralen zur örtlichen Lohnbewegung zurückkehren. Die Gehilfenverbände trifft nicht die Schuld, daß die zentralen Verhandlungen resultatlos verliefen. Sie haben vom Anfang bis zum Schluß der Verhandlungen erklärt, daß sie eine zentrale Regelung der örtlichen vorziehen. Der gute Wille der Vorstände der Gehilfenverbände zu einer friedlichen zentralen Regelung kann von keiner Seite angezweifelt werden. Die von ihnen bei allen drei Verhandlungen eingehaltene Taktik ist Beweis für das ehrliche Streben, zu einer Einigung zu gelangen. Wir gehen auch wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß auch die Leitung des „Adao“ bemüht war, eine Lösung der Streitfragen zu suchen, die beide Teile einigermaßen befriedigen konnte. Dieses Bemühen der Leitung des „Adao“ war aber von vornherein aussichtslos; aussichtslos deshalb, weil die Ortsgruppen des „Adao“ ihren Vertretern bestimmte Anweisungen gegeben hatten, die sie nicht überschreiten durften. Der Vorstand des „Adao“, Herr Raaf Schwarz, steht sich veranlaßt, diese Tatsache in Nr. 19 der Rundschau festzustellen. Er schreibt: „Die Möglichkeit, die Hand zu einem Kompromiß zu legen, blieb aber auch den Arbeitgebern

vertretern verlagert, weil sie von ihren Ortsgruppen darauf festgenagelt waren, über eine bestimmte Grenze nicht um einen Schritt hinauszuweichen.“

Es steht also fest, daß die Vertreter des „Adao“ mit unabänderlichen Richtlinien zu den zentralen Verhandlungen kamen. Jeder Lohn- und Tarifpolitiker weiß, daß man auf diese Art keine zentrale Lohnregelung vornehmen kann. Hier gilt mehr als irgendwo das Wort: „Man soll sie hören beide.“ Es war jedenfalls ein großer Fehler der Ortsgruppen des „Adao“, sich auf bestimmte Lohnsätze festzulegen, ohne die Gründe der Gehilfen für die angeforderte Lohnregulierung gehört zu haben. Der Vorsitzende des Adao hat zweifellos recht, wenn er in der schon zitierten Nummer der Rundschau weiter ausführt: „daß bei der Verhandlung in Frankfurt a. M. ein gerechter und gesunder, befriedigender Abschluß hätte erzielt werden können, wenn die Forderung des „Adao“ durch die Ortsgruppen nicht zu kurz gehalten worden wäre.“

Wir dürfen mit Befriedigung feststellen, daß die Arbeitgeber nunmehr die Kosten für die infolge des Scheiterns der zentralen Verhandlungen einsetzenden örtlichen Lohnkämpfe in fast allen Fällen zu begleichen haben. Dabei erkennen wir durchaus nicht, daß auch den Gehilfen durch die Streiks Schaden erwuchs. Dieser Schaden ist jedoch nicht sehr bedeutend, weil an den meisten Orten die Mehrzahl der Gehilfen sich mit Privatarbeiten versorgt hatte. Viel schwerer wiegt die Schädigung des Gewerbes im allgemeinen. Diesen Schaden haben leider beide Teile zu tragen.

Ein kurzes Wort über die Mitwirkung der drei unparteilichen Herren bei den diesmaligen zentralen Verhandlungen. Ihr guter Wille und das Bestreben, den beiden Parteien zu dienen, in Ehren. Wir wissen, daß sie sich redlich bemüht haben, ihre schwere Aufgabe nach besten Kräften zu erfüllen. Es gelang ihnen leider nicht, die Parteien zu einigen. Wir machen ihnen daraus keinen Vorwurf, weil wir glauben, daß, wenn andere Herren an ihrer Stelle gewesen hätten, eine Einigung ebensowenig möglich gewesen wäre. Erwartet hätten wir jedoch, daß, nachdem eine Einigung ausgeschlossen war, von ihnen ein Schiedspruch verhängt worden wäre, der eher den wirtschaftlichen Verhältnissen an den einzelnen Orten Rechnung trug. So werden wir das Gefühl nicht los, daß die Herren sich in ihrem Schiedspruch viel zu sehr an das anlehnten, was die Ortsgruppen des Adao freiwillig boten. Wir sehen davon

ab, Beispiele hierfür anzuführen, obgleich sie uns zur Verfügung stehen, glauben aber ausprechen zu müssen, daß ein Schiedspruch, der auf diese Art zustande kommt, wohl nie den berechtigten Wünschen der Gehilfenschaft Rechnung trägt. Ein solcher Schiedspruch liegt nicht in der goldenen Mitte und kann deshalb auch nicht die Brücke zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bilden.

Wenn wir eingangs ausführten, daß die Ergebnisse der Lohnbewegungen im allgemeinen befriedigen, so soll damit nicht gesagt sein, daß alle Orte auf ihre Rechnung kamen. Auch bei der örtlichen Erledigung der Lohnbewegungen sind manche Orte nicht auf den Lohn gekommen, den sie auf Grund der vorliegenden Teuerungsverhältnisse brauchen. Die Gründe hierfür zu untersuchen, wird vornehmlich Aufgabe unserer Ortsverwaltungen sein. Wir dürfen jedoch jetzt wohl, nachdem sich die Verhältnisse mehr gelockert haben, annehmen, daß auch die Ortsvorstände eingesehen haben, daß die seitens der Hauptvorstände angewandte Taktik bei den Frühjahrsbewegungen die einzig richtige war, um überhaupt Erfolge aus der Bewegung herauszuholen. Die Hauptvorstände sind wegen der von ihnen beobachteten Taktik vielfach angefeindet worden. Es ist dies erklärlich aus der Tatsache heraus, daß manche Mitglieder immer noch einen zu engen Gesichtskreis haben. Solche Mitglieder setzen nur das, was um sie herum vorgeht. Sie haben keine Übersicht über die allgemeine Lage im Gewerbe und können deshalb ihre Gedanken auch nicht auf die allgemeinen Interessen des Berufsangehörigen einstellen. Die Hauptvorstände der Gehilfenverbände hingegen müssen stets und ständig ihre Taktik so einrichten, wie es für die Gesamtmitgliedschaft am vorteilhaftesten ist. Daraus ergeben sich alsdann die Meinungsverschiedenheiten zwischen Mitgliedern und Vorstand.

In den Kreisen der Mitglieder hat man vielfach nicht verstanden, warum die Erledigung der Bewegung so lange hinausgezogen wurde. Ferner konnte man sich nicht mit den herausgegebenen Richtlinien für die örtliche Erledigung der Bewegung befrenden. Die Hauptvorstände hatten für beides gute Gründe. Niemand, der an verantwortungsvoller Stelle stand, hätte anders handeln können.

Eine friedliche Erledigung der Bewegung durch zentrale Verhandlungen war trotz größter Bemühung nicht möglich. Die Verbandsvorstände trifft hierfür keine Schuld. Andere Maßnahmen, Streiks usw. zu ergreifen, war im Februar und März unmöglich, da der Geschäftsgang in den beiden Monaten sehr ruhig war. Würden wir im März oder April zu Streiks in

größeren Umfange gegriffen haben, so hätten wir damit nur den Arbeitgebern einen Gefallen erwiesen, nicht aber den Interessen unserer Mitglieder gedient. Daneben lag noch die Tatsache, daß sich in den beiden genannten Monaten der große Streik in der Konfektion abspielte, der zweifellos verhängnisvoll oder gar gefährdet worden wäre, wenn gleicher Zeit ein größerer Kampf in der Maßbranche eingeleitet wurde. Die Hauptvorstände mußten deshalb bis Ende März ihren Mitgliedern in der Maßbranche eine abwartende Stellung zur Pflicht machen.

Als dann Ende März die britischen Verhandlungen freigegeben wurden, lag die Gefahr nahe, daß sich aus denselben ein allgemeiner Kampf entwickeln würde. Keiner der drei Gehilfenverbände konnte einen Kampf auf der ganzen Linie gebrauchen. Der Konfektionsarbeiterstreik hatte einen größeren Umfang angenommen und dauerte länger als ursprünglich vorausgesehen war. Die Kassen der Gehilfenverbände waren durch denselben sehr stark mitgenommen worden. Ein Streik in der Maßbranche auf der ganzen Linie hätte sehr große Mittel erfordert, welche die Kassen nicht auskömmlich konnten. Ein solcher Kampf hätte deshalb nach kurzer Zeit zusammenbrechen müssen. Deshalb mußte die ganze Taktik der Gehilfenverbände darauf eingestellt werden, nur für die Orte Streikgenehmigung zu gewähren, wo nach Ansicht der Hauptvorstände ein annehmbarer Lohnsatz auf anderem Wege nicht zu erreichen war. Durch diese Taktik erst wurde die Möglichkeit geschaffen, Streiks an allen Orten zu organisieren, wo offensichtlich die Arbeitgeber in ihren Angeboten unter dem blieben, was nach Lage der Sache notwendig war und was sie zahlen konnten. Aus diesen Verhältnissen heraus wurde auch von den drei Gehilfenverbänden der Beschluß gefaßt, für die erste Woche eines Streiks keine Streikunterstützung zu gewähren. Unsere Mitglieder aller Branchen mögen hieraus die Lehre ziehen, durch Beitritt zu einer ihrer Einkommensverhältnissen entsprechenden Beitragsklasse dafür zu sorgen, daß die Klassenverhältnisse dauernd bessere werden. Dann wird es für die Folge nicht notwendig sein, daß der Hauptvorstand seine Taktik nach den vorhandenen Mitteln einrichtet. Wenn man alle diese Verhältnisse richtig würdigt, so müssen die Mitglieder zu der Erkenntnis kommen, daß die Zentralvorstände so gehandelt haben, wie sie im Interesse der Mitglieder handeln mußten.

Der „Abw“ sowie auch die Gehilfenverbände werden sich entscheiden müssen, ob für die Zukunft zentrale oder örtliche Tarifregelungen gemacht werden sollen. Wir neigen noch immer der Auffassung zu, daß auf die Dauer eine gesunde Tarifpolitik nur auf zentraler Grundlage geführt werden kann. Wenn die Hauptvorstände den Dingen an den einzelnen Orten freien Lauf lassen, so werden sehr bald wieder die Löhne derart auseinander manövriert sein, daß sie in gar keinem Verhältnis zu den wirtschaftlichen Verhältnissen der Orte zu einander stehen und von einem einheitlichen Tarifgebilde keine Rede mehr sein kann. Dadurch wird dann nicht nur die Uebersticht erschwert, sondern manche Orte werden auch in ihren Lohnverhältnissen mehr und mehr zurückbleiben. Unsere Ortsgruppen mögen sich in der Beziehung nicht von den augenblicklichen Erfolgen blenden lassen. Für jede Ortsgruppe kann einmal die Zeit kommen, wo sie froh sein muß, wenn ihre Lohnverhältnisse zentral geregelt werden. Selbstverständlich werden wir es jederzeit ablehnen, durch zentrale Festsetzung der Löhne nur das zu praktizieren, was die Ortsgruppen des Abw

freiwillig zugestehen wollen, wie es uns in diesem Frühjahr zugemutet wurde. Eine zentrale Tarifpolitik kann u. E. nur dann von Erfolg sein und beide Teile befriedigen, wenn die Löhne an allen Tariforten auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse und des Standes der Kosten der Lebenshaltung festgesetzt werden. Nur eine solche Tarifpolitik dient dem Wohle des Gewerbes und wird einen gerechten Ausgleich schaffen zwischen den Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Und das soll doch letzten Endes der Zweck jeder Tarifbewegung sein.

Gemeinschaftsleben.

Eine bloße Vernunftsehe wird schwerlich eine glückliche Ehe, sie wird es auch nur dann, wenn die Liebe sich nachher einstellt. Aus einer Geliebtheit wird niemals eine glückliche Ehe; derjenige von den Gatten, der sich in ihr geliebt findet, fühlt sich am Heiligsten verraten. Der Grund dafür liegt darin, daß die Ehe eine Lebensgemeinschaft ist; in ihr ist es nur auszuhalten, wenn beide Gatten ihrer Liebe, Güte und Treue sicher sind, daran fest glauben können. Man heiratet eben zur Erfüllung eines natürlichen Lebensgefühles, einem Rufe des Schicksals folgend, der Mann und Weib zur seelischen Ergänzung in einer Lebensgemeinschaft bestimmte. Darum kann die Ehe auch nur auf Lebenszeit dauern, sie ist aus sich heraus unauslösllich.

Heute nach dem seelischen Zusammenbruch unseres sozialen und staatlichen Volksgemeinschaftslebens fühlen wir von Tag zu Tag deutlicher, daß es auch im Gemeinschaftsleben eines Volkes nicht auszuhalten ist, nachdem eine wachsende Zahl der Volksgenossen es als eine bloße Interessengemeinschaft betrachtet, in welcher der eine an dem andern ein möglichst nutzbringendes Geschäft zu machen sucht. Damit einsezt man nur das Mißtrauen, den Kampf aller gegen alle. In ihm gilt dann die wirtschaftliche und politische Macht als die „ordnende“ soziale Kraft. Ausbeutergesellschaften und Räuberbanden kann man so organisieren, aber keine Gemeinschaft, in der die menschlichen Lebensgefühle von Treue und Glauben, von Hilfsbereitschaft, des Wohlwollens, der Freundschaft zu ihrem Rechte kommen. Und doch fühlt jeder täglich, daß der eine auf den guten Willen des andern angewiesen ist, daß jeder das Wohlwollen des andern nötig hat; dann muß man aber auf gegenseitiges Wohlwollen, auf Rücksichtnahme, kurz auf Liebe und Güte rechnen können. Sonst ist man verurteilt zu verfaulen. Sagt uns nicht dies natürliche Lebensgefühl, daß das soziale und staatliche Gemeinschaftsleben keine bloße Vernunftsehe, keine reine Geschäft- und Interessengemeinschaft sein kann, das es vielmehr zu den Lebens- und Liebesgemeinschaften gehört, die wie Ehe, Familie, Verwandtschaft, Freundschaftsbund nicht zuerst um eines damit zu erzielenden äußeren Nutzens eingegangen werden, sondern die um ihrer selbst willen naturnotwendig besteht werden, weil der eine darin seelisch befristet und beglückt den andern ergänzt, weil darin der eine dem andern rein menschlich etwas ist durch seine Güte, Liebe, Treue, Freundschaft, Hilfsbereitschaft, Wohlgenauigkeit? Diese vom Schöpfer in das menschliche Herz gelegten Lebensgefühle haben zur Sittung und Heiligung der Ehe, Familie, der berufständlichen Gemeinschaften, der Sippen, Stämme, der Gemeinden und Staaten geführt. Auf diesem Wege wurden aus Wilden die Kulturmenschen, verfeinerten sich die Sitten, ward menschliches Glück gesät.

Daß wir aus all jenen Lebens- und Liebesgemeinschaften in raskem Absteigen immer mehr nackte Geschäft- und Interessengemeinschaften gemacht haben, in denen statt des Gemeinsinns die Selbstsucht, kalt Verstandigung und Verdrüßung der Klassenkampf und Klassenhaß das Fieber führen, das veranlaßt wir der mit dem Rationalismus, der Aufklärung des 18. Jahrhunderts ausgetretenen Gesellschaftstheorie. Diese Aufklärung, die nur annahm, was sie verstandesmäßig kleintrügen konnte, verneinte auch alles Leben und jedes Lebensgeheimnis verstandesmäßig erklären, die unerforschlichen Naturgesetze durch bessere wissenschaftliche Erfindungen erklären zu können. Die sozialwissenschaftliche darunter war, daß die Menschen glücklicher mitnehmen würden, wenn jeder dem andern gegen-

über sein wohlverstandenes Eigeninteresse nur Rücksicht seines Handelns nehme, hat sich bisher aus Gemeinschaftsgefühnen mittelbar und förmlich zu tunen und zu schaffen. So machte man aus Gemeinschaftsgefühnen einseitige Schmeichelei und zerstörte den Gemeinsinn in der Wurzel. Nachdem dies gemeinschaftsbildende geistige Band zerstört war, fiel das soziale und staatliche Volksgemeinschaftsleben auseinander in egoistische Interessengruppen, die alle gegen alle kämpfen. Sämtliche verstandesmäßig ausgekulligten, deshalb mechanischen, durch Geleise von oben her aufgezogenen partikularistischen Einrichtungen, alle Arbeiter- und Interessengemeinschaften leimen die Volksgemeinschaft nicht zusammen; von innen müssen die Volksgenossen wieder seelisch miteinander ver wachsen durch den organischen Gemeinschaftsgeist. Dieser erblickt ehrfürchtig in der Volksgemeinschaft die natürliche Lebensgemeinschaft und Schicksalsgemeinschaft, die organisch wie aus ihren Gliedern hervorwächst aus den mit den Menschen geborenen Lebensstreifen der Familie, des Berufskandes, der Gemeinden. Diese Lebenskreise kann der Mensch mit allem Wissen und Können nicht machen, auch nicht nachmachen; er kann sie ebenso wie das Pflanzen- und Tierleben nur in ihnen vom Schöpfer eingepflanzten Lebensgeleisen beugen und pflegen.

Betriebsräte und Parteipolitik.

Die Betriebsrätewahlen, die Ende März und Anfang April zum zweiten Male seit Erlaß des Gesetzes zu tätigen waren, dürften heute allgemein feststehend haben. Wenn wir heute noch einmal auf dieselben zurückkommen, so gibt uns Anlaß dazu der Umstand, daß die Wahlen meistens der sozialistischen Arbeiterorganisationen unter einer Parole getätigt wurden, welche sicherlich weder dem Buchstaben noch dem Geiste des Betriebsrätegesetzes entspricht. Nach dem Aufruf, den die Geschäftsführende Kommission der gewerkschaftlichen Betriebsräteverbände und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes bereits zu Anfang Februar veröffentlichten, sollten die Betriebsräte dieser Organisationen abstreten für „die Durchführung der Sozialisierung des Kohlenbergbaues“ für „die Kontrolle der Produktion“ und für „die reiblose Zusammenfassung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben“. Nur „die Durchführung des vollen Mitbestimmungsrechts in allen Fragen der Wirtschaftsführung“ und für „die Ueberführung der kapitalistischen Profitwirtschaft in die sozialistische Gemeinwirtschaft“. Richtungsgebend sollten nach allen diesen Beziehungen sein die Beschlüsse der „Spitzenorganisationen“ — soll wohl heißen der sogenannten sozialistischen Arbeitervereineverbände — sowie des ersten sozialdemokratischen Betriebsräte-Kongresses.

Wenn man sich diese Parole in ihrer ganzen Tragweite vergegenwärtigt, dann sollte man meinen, die Betriebsräte seien nicht in erster Linie Betriebsorgane zur Förderung wirtschaftlicher Aufgaben und Zwecke, sondern Instrumente sozialdemokratischer Politik, und zwar recht radikaler. Man merkt, wie hier die Unabhängigkeit mit dem Mehrheitssozialismus verknüpft in dem Bemühen, die Betriebsräte zu Werkzeugen zu machen, um Forderungen der sozialdemokratischen Politik durchzuführen und vor allem die Massen in diesem Sinne aufzuwachen. Dieses Betreiben muß um so unehelicher und darum sträflicher erscheinen, als die „Betriebsrätezeitung“, die den agitatorisch abgestimmten Aufruf für die Betriebsrätewahlen enthält, zu gleicher Zeit in ihrem redaktionellen Teil Ausführungen bringt, die in ihrem Inhaltlichen Gehalt zu den Agitationsforderungen des Aufrufs in einem unmittelbaren Widerspruch stehen. So wendet sich das Blatt (Nr. 1) in einem Artikel: „Die Kontrolle der Produktion, nachdrücklich gegen eine Auffassung, als ob ein unmittelbare Betriebskontrolle durch die Arbeiterklasse wünschenswert sei. „Wollig abstrakt und verhängnisvoll ist“, so heißt es wörtlich, „eine Propaganda, die einen direkten Kampf zwischen der Produktionskontrolle und dem Betriebsrat um die Produktionskontrolle fordert. Es geht um die unentbehrliche Wertbestimmung, Lohn und gerührt die produktive Arbeit und über zum Sozialismus.“ Die Kontrolle der Produktion sei „von unten herauf praktisch nur in der Form denkbar, daß eine über dem Unternehmen stehende Instanz von ausscheidet“

Schlernnis und mit gemeinwirtschaftlichem Charakter (Bezirks- oder Landeswirtschaftsräte) mit der Prüfung der Beschwerden oder Bemerkungen der Arbeitnehmer zu beauftragen ist."

Was der Wahlkampf in seinen Einzelpartien fordert, würde, vermöglicht, zu einer völligen Überwindung der Position des Unternehmers der leitenden Angestellten in einem Betriebe führen. Ist aber gerade die heutige Zeit, wo wir nach dem verlorenen Krieg und der Revolution uns auch in einem großen wirtschaftlichen Umbildungsprozess befinden, der geeignete Moment, die Unternehmerposition als solche grundlegenden Veränderungen zu unterziehen? Auch vor einem solchen Vorgehen wird in der "Betriebsrätezeitung" (Nr. 10) ausdrücklich gewarnt. "Am Vorabend eines tiefen Umstülpungs- und Anpassungsprozesses fällt", so heißt es wörtlich, "dem Unternehmertum die gewaltige Aufgabe zu, die Form der Wirtschaft zu suchen, die am ehesten die ungeheure Last der Wiedergutmachung wird tragen können. Daß diese Form sich nur auf dem Boden einer planmäßigen Wirtschaft wird finden lassen, davon sind wir Sozialisten wohl überzeugt. Wenn wir also die Frage stellen: "Brauchen wir Unternehmer?" so antworten wir ja, wir brauchen sie mehr denn je. Die Unternehmer steigen in das große Examen, die Prüfungsaufgabe ist ihnen von Deutschlands Gegnern gestellt, in phantastischen Milliardenziffern. Unerhörte schwere geistige Arbeit ist zu vollbringen, größtes Verständnis für die richtige Einstellung auf die Spitze des Proletariats unentbehrlich. Hier wird, so wird man umgekehrt auch hervorheben müssen, das Unternehmertum ein großes Examen zu bestehen haben. In der Weiterung der schwierigen Aufgabe, psychologische Auslösungen der neuen Zeit mit den Notwendigkeiten des Betriebes und der Wirtschaft in Einklang zu bringen, wird sich erst die ganze Größe einer Unternehmerpersönlichkeit zu zeigen haben."

Eine politische Ausmünzung wirtschaftlicher Aufgaben, wie wir sie in dem genannten Aufsatz vor uns haben, führt zum Betriebssozialismus, zur Wirtschaftsanarchie. Die Folge solcher Geschäftspolitik leben wir teilweise in den kommunistischen Putsch, wo die betörten Massen die ihnen vorgelegten Theorien nicht zu verbaufen wissen, Betriebe "belehnen" und dann glauben auf ihre Weise verwickelte Probleme der Wirtschaft, in diesem Falle die "Sozialisierung", gelöst zu haben. Die Betriebsräte stellen ein Mittel sein, einmal sozialen Wünschen der Arbeiter im Betriebe zur Verwirklichung zu verhelfen, und zweitens die Produktivität, Ertragsfähigkeit, der Einzelbetriebe und damit der Gesamtwirtschaft zu heben. Nur wenn sie in diesem Sinne ihre Aufgaben in enger Zusammenarbeit von Arbeiter und Betriebsinhaber auffassen, werden sie zu einem Mittel der allgemeinen Wiedergewinnung. Das müssen sich auch die verantwortlichen sozialistischen Arbeiterführer gesagt sein lassen."

Zur Steuer der Wahrheit!

Unter dieser vielversprechenden Überschrift bringt "Der Deutsche Hutarbeiter" eine längere Zeitschrift des Vorstandes des Schweizer Hutarbeiterverbandes. Der Artikel befaßt sich mit einer Note "Ist der Deutsche Hutarbeiterverband neutral?" in Nr. 7 der Betriebszeitungsgewerkschaft. In der freundlichen Note hatten wir festgehalten, daß die sogenannten "freien" Gewerkschaften auch heute noch, wo sie so für notwendig halten, das Neutralitätsmännchen umhängen. Wir bemerkten weiter, daß wenn die Rahe einmal aus dem Sack gelassen wird, sie ihr wahres Gesicht zeigt und alsdann von der vorgehenden Neutralität nichts mehr übrigbleibt. Als Beweis für die Religionsunabhängigkeit der freien Gewerkschaften, insbesondere des Deutschen Hutarbeiterverbandes, stützen wir wörtlich einige Sätze, die sich im Deutschen Hutarbeiter, dem Organ des Deutschen Hutarbeiterverbandes vorfinden. Es handelte sich um folgende Stellen:

"Große Volksteile werden den Armenbehörden angetrieben, die Volks- und Denkkraft wird gelähmt, denn sie ist heute schon bei diesen faul, und damit will man den Gewerkschaften den Garau machen, der Arbeiter muß wehrlos werden. . . . Deshalb werden heute Heberhaft der Klerus und das Sektentumwesen durch die Unternehmer unterstützt da-

mit die Dummheit feste Wurzel schlagen kann; die Religion wird mißbraucht, um Schlechtigkeiten zu verdecken, statt die Aufklärung, Gegenständigkeitshilfe und Solidarität als echte christliche Eigenschaften zu pflegen. Christus sagte: Es soll ein Hirte und eine Herde werden! Heute haben wir unzählige Verdummungssektten auf der einen, und Schwärzer, Schwindler und Blutsauger auf der anderen Seite. Herr, ich danke dir, daß ich nicht bin wie andere Leute, ich bin viel schlimmer!"

Der Einsender meint nunmehr, daß die von uns zitierten Sätze mehr als genügend mit Tatsachen belegt werden könnten. Er bemüht sich denn auch, dieses Kunststück fertigzubringen. "Aber sag mir nur nicht: Wie?" - Prüft man, welche konkreten Tatsachen der Einsender für seine Behauptungen aufführt, so wirkt die Behauptung, die Sätze könnten mit Tatsachen belegt werden, einfach lächerlich. Nichts als Phrasen hat der Einsender zur Verfügung, Phrasen, die so abgedroschen sind, daß sich eine Erwiderung hierauf absolut nicht lohnt. Doch halt! Wir wollen anezem "Freunde" nicht Unrecht tun. Vor einigen Jahren ist ihm nämlich in einer Agitationsversammlung ein, wie er schreibt, der Nationalierung offenbar ausgewidener Vorkapital mit einem alleinigmachenden Redakteur begegnet, welche die Arbeiterschaft vor dem Sozialismus gewarnt haben. Ein anderes Mal soll ein "schwarzer" Kassenvorsteher es als eine Schande bezeichnet haben, daß das von Gläubigen zusammengetragene Kassengeld seinen Weg in eine "gottlose Familie" finden müßte.

Diese zwei Fälle sollen Beweis dafür sein, daß die Volks- und Denkkraft durch die Religionsgesellschaften gelähmt wird. Sie geben dem Einsender Anlaß, die Religionsgesellschaften als Verdummungssektten zu bezeichnen und den Klerus mit Schwindlern und Blutsaugern auf eine Stufe zu stellen. Der Einsender erdreistet sich sogar, neuerdings wieder zu behaupten: "Sie (gemeint ist das religiöse Volk) verändern ihre Zeit mit Stumpfsinnkultur in verabschiedeten Vereinigungen, wo sie ihren Tribut für einen Verlobtbruder abladen, damit er sich göttlich tun kann. . . . Die Stütze des gesamten Klerus ist die Volksdummheit!"

Tiefender als durch diese Sätze kann niemand nachweisen, daß die sogenannten "freien" Gewerkschaften die Religionsgesellschaften bekämpfen und daß die angebliche Neutralität nichts als dreister Schwindel ist. Wir danken deshalb dem "Deutschen Hutarbeiter" für sein ernstes Bekenntnis. Andererseits haben wir dem nichts mehr hinzuzufügen.

Verband christlicher Hutarbeiter.

Hindenberg. Am 7. Mai hielt unsere Ortsgruppe eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Nachliche Fragen stellten in der Hauptsache die Tagesordnung. Zunächst hielt jedoch Arbeitersekretär Bengel (Kempten) einen Vortrag über Ziele und Aufgaben der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Die Versammelten folgten seinen Ausführungen mit regem Interesse und spendeten zum Schluß des Vortrages dem Redner lebhaften Beifall. Ein Antrag behandelte die Regelung der Nähelöhne. Es wurde ausgeführt, daß schon kurz nach Einführung des neuen Zahlungsmobus sich gezeigt habe, daß von einer geregelten, gleichmäßigen Bezahlung keine Rede mehr sein könne. Die Gründe, welche die Nebstanten für die Bezahlung der Hüte pro Stück, anstatt wie früher nach Gewicht, ins Feld führten, seien nicht stichhaltig. Obgleich vom Versammlungsleiter auch die Nachteile der Stückbezahlung ins Feld geführt wurden, beschloßen die Anwesenden - meist ältere, erfahrene Näherinnen - daß mit allen verfügbaren Mitteln darauf hingearbeitet werden soll, daß die Bezahlung der Nähelöhne nur nach der Stückzahl des verbrauchten Gewichts geregelt werde und nicht nach der Zahl der genähten Hüte. In der sehr regen Diskussion wurde dies vielseitig beanstandet. Ein weiterer Punkt betraf die Agitation. Besonders wurde gerügt, daß es noch manche Industriearbeiter und Arbeiterinnen gebe, welche noch keiner Organisation angehören, sie leben in den Tag hinein und ernten von den Früchten, die andere gesät, anstatt selbst mitzuwirken durch Wort und Tat zum weiteren Aufbau der Organisation. Herr Sekretär Bengel

nahm nochmals das Wort zu längeren Ausführungen, geistete die Kahnflucht von solchen Mitgliedern, die nach Schluß der Saison dem Verband aus einige Monate untrenn werden wollen. Die Zugehörigkeit zum Verbands soll unter allen Umständen auch dann gewahrt bleiben, wenn das Arbeitsverhältnis in dieser Branche ruht. Nur so gehe man der Portelle nicht verlustig und habe keine Interessen gemahrt für sich und dem Verband gegenüber. Auch in der stillen Zeit müsse unermüdlich gearbeitet werden, um das Erreichte nicht nur festzuhalten, sondern weiter auszubauen. Eine Anfrage, wieviel Raum unserem Berufsverband in der Zeitschrift "Die Bekleidungs-gewerkschaft" zur Verfügung räume, wurde dahingehend beantwortet, daß die Schriftleitung der Zeitschrift bereit sei, ausreichenden Raum zur Besprechung unserer Berufsfragen zur Verfügung zu stellen. Es ließe sich dieses jedoch nicht auf die Zeile abzirckeln. Außerdem biete auch das Verbandsorgan sehr viel allgemeinen Stoff zur Belch-rung, sodaß es sich wohl lohne, auch den allgemeinen Teil desselben zu lesen. Die weiblichen Mitglieder wurden insbesondere noch auf die Beilage "Die berufstätige Frau" verwiesen. Wegen der vorgerückten Stunde konnten nicht alle Wünsche und Anträge mehr erledigt werden und so schloß der Vorsitzende die interessant ver-laufene Versammlung.

Mitteilungen.

Hindenberg. Unsere Mitglieder, soweit sie zum Bezirk des Kassenters Wurm gehören, werden ersucht, falls ihnen das Verbandsorgan (Die Bekleidungs-gewerkschaft) nicht ausgestellt werden kann, dasselbe beim Kollegen Jos. Wurm, Kolonie 28, abzuholen. Die Beiträge können außer in der Wohnung des Kassenters auch in jeder Verbandsversammlung eingezahlt werden. Kolleginnen und Kollegen! Besucht regelmäßig die Versammlungen und beteiligt euch an allen gewerkschaftlichen Fragen. Ihr erleichtert dadurch die Verbandsarbeit im allgemeinen, namentlich aber die Arbeit der Vertrauensleute. Die Vertrauensleute werden gerne und freudig ihres Amtes warten, wenn sie sehen, daß sie bei den Mitgliedern Verständnis für die Gewerkschaftsarbeit finden. Die Mitarbeit liegt aber auch in eurem eigenen Interesse. Nur als gut geschulte und disziplinierte Mitglieder werden wir erfolgreiche und ruhrgingende Gewerkschaftsarbeit leisten, zu unserem eigenen Vorteil und zum Nutzen der gesamten Kollegenschaft. Josef W u r m, Kassierer.

Verbandsnachrichten.

Mitglieder! Wartet euch durch pünktliche Beitragszahlung eure Rechte an den Verband. Wer mit seinen Beiträgen im Rückstand befindet, hat keinen Anspruch auf Unterstützung vermisst. Der 21. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche vom 22. Mai bis 28. Mai. Der 22. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche vom 29. Mai bis 4. Juni.

Bis zum 15. Mai haben für das 2. Quartal noch folgende Ortsgruppen abgerechnet:

- 1. Bezirk: Kempten, Landsbut, München, Nürnberg, Würzburg.
- 2. Bezirk: Bruchsal, Frankfurt, Mainz, Stuttgart, Speyer.
- 3. Bezirk: Buer, Coblenz, Dortmund, Düren, Düsseldorf, Ebersfeld, Emmetich, Gelsenkirchen, Gumborn, Herlohn, Warburg, Harbt, München-Gladbach.
- 4. Bezirk: Kurich, Bielefeld.
- 5. Bezirk: Keilse.

Der Zentralorkant.
J. A.: A. Schwarzmann.

In eigener Sache.

Bei den zentralen Verhandlungen in der Uniformlieferungszweiganche am 25. April wurde von dem Vorsitzenden der Arbeitgeberlohnkommission, Herrn Steningher, Köln, mitgeteilt, daß den Arbeitgebervertretern die Nachricht zugegangen sei, Herr Weingart (Beamter des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes) habe den Kölner Firmen Steffens und

Solten erklärt, er wolle — auch im Einzel-
Verband mit Willen vom Christl.
Verband — den Firmen zugesagen, daß sie,
wenn nicht viel Arbeit vorhanden sei und in
Abhängigkeit der Erhaltung der Aufträge der C. D.
A.M., unter Last arbeiten ließen. Er (Wein-
garg) halte die Firmen nicht am Last, bzw.
Schiebspruch gebunden.

Ich habe sofort nach Bekanntwerden dieses
Vorganges die Behauptung, soweit sie meine
Person betraf, telegraphisch und brieflich de-
mentliert. Da ich jedoch ein Interesse daran
hatte, den Fall reiflich aufzuklären, ersuchte ich
Herrn Steingießer nach dessen Rückkehr um eine
Unterredung in der Angelegenheit und bat ihn
ferner, Herrn Weingarg und den Urheber der
obigen Behauptung zu derselben zuzuziehen.
Die Aussprache fand am 9. Mai statt.

Bei derselben stellte sich nun heraus, daß die
fragliche Behauptung bereits drei Etappen
durchlaufen hatte, bevor sie in Berlin anlangte
und dort von den Arbeitgeberern gegen die beiden
Arbeitsnehmervertreter gebraucht wurde. Herr
Steffens erklärte in der Sitzung, ein Zwit-
schenmeister, der für ihn arbeite, habe ihm mit-
geteilt, daß es möglich sei, die Anfertigungs-
preise um circa 10 Proz. herunterzusetzen und
daß trotzdem den Arbeitsträgern der tarifmäßige
Lohn gezahlt werden könne. Weingarg ver-
trat den gleichen Standpunkt. Dieses Gespräch
habe Steffens dem Herrn Weik. Rain, wie-
bergegeben und im Anschluß daran habe Stef-
fens auf die Frage, wer der Leiter der Christl.
Organisation in Köln sei, meinen Namen ge-
nannt. Herr Weik müsse ihn nicht richtig ver-
standen haben, denn er in Berlin den Vorwurf
gegen die beiden Arbeitsnehmervertreter in der
Form vorgetragen habe, wie mitgeteilt wurde.

In der weiteren Aussprache wurde lobend
festgestellt, daß ich in der ganzen Angelegenheit
vollständig unbeteiligt war und die aufgestellte
Behauptung reiflich auf Unwahrheit beruht.
Es wurde dies protokolllarisch festgelegt.

Der Fall beweist einmal wieder, wie leicht-
fertig oftmals Behauptungen aufgestellt wer-
den, wenn der Urheber glaubt, damit seinen
Interessen dienen zu können. Von Arbeitgebern,
die ernst genommen sein wollen, dürfte man
erwarten, daß sie es mit der Wahrheit genauer
nehmen, als im vorliegenden Falle.

Hermann Wullen.

Die Frage der Verschmelzung der Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenen-Verbände.

Bei einer Zusammenkunft von Vertretern der
größeren Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinter-
bliebenen-Organisationen am 18. April 21 in
Weimar wurde erneut der Versuch gemacht,
die verschiedenen Verbände organisatorisch
zusammenzufassen. Wie kaum anders
zu erwarten war, scheiterten diese Versuche,
einerseits an der durchaus berechtigten ver-
schiedenen allgemeinen politischen Einstellung
der einzelnen Verbände, andererseits an den
parteilich-politischen Tendenzen, die sich
innerhalb der sozialistisch gerichteten Verbände
bemerkbar machen.

Der „Internationale Bund der
Kriegsopfer“, der der kommunistischen Partei
nahestehend, lehnte eine organisatorische Zu-
sammenlegung mit den übrigen Verbänden mit
dem Hinweis auf die grundsätzlichen Anschau-
ungsverschiedenheiten ab. Der Reichsbund
der Kriegsbeschädigten, Kriegs-
zeitschmer und Kriegerhinterblie-
benen“ hatte bisher nicht vermocht, die von
ihm stets mit großem Nachdruck behauptete Neu-
tralität in seinem Verhalten und Auftreten zu
beweisen. Er hatte es gelegentlich bei letzten
Wahlen für die proletarische Kandidatenliste
in seinem Bundesorgan („Reichsbund“ Nr. 4

vom 15. Februar 1921) vor den Kandidaten der
bürgerlichen Parteien gewarnt und einseitig für
die sozialdemokratische Partei Stimmung ge-
macht. Auf dem letzten Bundeskongreß in Wür-
zburg hat er mit Mehrheitsentscheidungen be-
schlossen, Verhandlungen zum Zwecke des Anschlusses
an die kommunistische Liga der Kriegsteilnehmer
anzuknüpfen. Auch auf der Weimarer Tagung
gelang es ihm nicht, den Beweis parteipoli-
tischer Neutralität zu erbringen. Angesichts
dieser Tatsache konnte sich der Zentralver-
band deutscher Kriegsbeschädigter
und Kriegerhinterbliebener, der eine
starke Anhängererschaft unter der nichtsozialisti-
schen Arbeiterbewegung hat, den Grund-
satz strenger religiöser und partei-
politischer Neutralität vertritt und
auf gut deutschem Boden steht, nicht ent-
schließen, einer Verschmelzung mit den sozialisti-
schen Verbänden „Internationaler Bund“ und
Reichsbund“ zuzustimmen. Zu gemeinsamer
Arbeit mit allen Verbänden auf so-
zialpolitischem Gebiet stellte sich der
Zentralverband jederzeit gern zur Verfügung.
Dieser erklärte er sich bereit, die angebahnten
Verschmelzungsverhandlungen mit dem „Ein-
heitsverband der Kriegsbeschädigten“ und dem
Bund deutscher Kriegsbeschädigter, Hamburg,
fortzusetzen. Man kann diese Haltung des Zen-
tralverbandes nicht nur von seinem Standpunkt
aus verstehen, sondern auch vom Standpunkt der
Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen
aus begründen, da die bei einem Zusammenfluß
aller Verbände zu erwartenden inneren Rei-
bungen zweifellos die sachliche Arbeit und damit
das Interesse der Kriegsopfer schädigen würden.
Wenn von Seiten des Reichsbundes“ der Ver-
such gemacht wurde, eine Schuld des Zentralver-
bandes am Scheitern der Verschmelzungsver-
handlungen zu konstruieren, so kennzeichnet sich
dies Verhalten als ein taktisches Manöver, das
lediglich dazu bestimmt ist, den Blick der Öffent-
lichkeit von seinen inneren Schwächen und
Widersprüchen abzulenken. Bisher ist es dem
Reichsbund noch gelungen, die deutsche Öffent-
lichkeit über seinen wahren Charakter zu täu-
schen. Man kann es nur aus der Unkenntnis der
tatsächlichen Verhältnisse erklären, daß nichtsozial-
demokratisch gesinnte Elemente des deutschen
Volkes diesen Fangarm der sozialdemokratischen
Partei fästen und verlängern helfen. Daß sich
der Reichsbund mit ganz besonderer Schärfe
gegen den Zentralverband deutscher Kriegs-
beschädigter und Kriegerhinterbliebener wendet,
zeigt einerseits, daß ihm der öffentlich zur Schau
getragene Einigungswille fehlt und daß er sich
zu den Grundfragen des Zentralverbandes der
religiösen und parteipolitischen Neutralität, so-
wie des Bekenntnisses zum Deutschtum in Wider-
spruch befindet, andererseits seine hohe Ein-
schätzung der im Zentralverband sich entwickelnden
Kräfte. Sie ruhen besonders in der Klar-
heit und Aufrichtigkeit seines allgemeinsocial-
istischen Bekenntnisses und seiner hohen Ein-
schätzung sachlich zweckdienlicher Arbeit zum
Wohle der Kriegsopfer. Seine klare und sach-
liche Stellungnahme auf der Weimarer Tagung
ist hierfür ein neuer Beweis.

Rundschau.

Das Korsett unter dem Wucherparagrafen?
Hierüber schrieben unlängst die Kölner Tages-
zeitungen folgendes:

„In hellen Scharen waren Mägdelein älteren
und jüngeren Datums, teils als Zeuginnen,
teils als Zuhörer vor der Tucherkammer er-
schienen. Sogar Kommerzienrats- und Geheime
Kommerzienrats-Gattinnen waren unter den
Zeugen. Für ein Korsett waren 675 M ver-
langt unter Beigabe des Stoffes, der auf 200
Mark berechnet wurde. Der eigentliche Preis
war also 375 M. Sachkenner bestätigten die
Angaben der Korsettfabrikantin, daß die Zu-
taten echte Pariser Fabrikate seien, die man
größtenteils hier gar nicht herstellen könne. Zu
einem solchen Luxuskorsett gehöre große Kunst-
fertigkeit und großes Vertrauen der Kundin.
Bei so sorgfältiger Arbeit sei die Tragdauer er-
staunlich. Ein Korsett im länderläufigen Sinne
und ein solches Wucherkorsett sei ein großer Unter-
schied. Die Geschäftsinhaberin wurde freige-
sprochen, da ein solches Luxuskorsett kein Ge-
genstand des täglichen Bedarfs sei. Klärend
sahen die Schönen, die so sehr „auf die Hal-
lon“ halten, von dannen.“

Der Berichterstatter hat selbst vergessen, zu

berichten, ob das Wuchergericht nicht festgestellt
hat, welcher Arbeitslohn für dieses Kunstwerk
bezahlt wurde. Für uns wären Angaben über
über interessanter gewesen, als die Mitteilung,
daß die Schönen, die so sehr „auf die Hal-
lon“ halten, sich von dannen bulchten. Wir ver-
muten nämlich, daß die eigentlichen „Kun-
dinnen“, die Korsettarbeiterinnen, wenig von
den fetten Happen, die zweifellos bei solchen
Arbeiten abfallen, mitbekommen. Wir werden
jedoch nicht verfehlen, die Korsettfabrikantinnen
an ihre „guten“ Presse zu erinnern.

Steuerabzug für Heimarbeiterinnen. Dem
Gewerbeverband Hamburg des Gewerkschafts-
verbands der Heimarbeiterinnen wird uns mitgeteilt,
daß das Finanzamt Interesse auf Eingabe des Gewer-
vereins, den Heimarbeiterinnen 20 Prozent des
Lohnes als Werbungskosten steuerfrei zu be-
halten, aufstimmend geantwortet hat. Die Steuer-
ermäßigung hat rückwirkende Geltung, denn
werden die seit Juni 1920 zuviel gezahlten
Steuerbeträge für die endgültige Steuerberechnung
zurückgezahlt oder für das laufende Steuerjahr
angerechnet werden. Diese Regelung erstreckt
sich auf das Gebiet Hamburg, Altona, Wands-
bek, Harburg, Wilhelmsburg, Neuhof usw. bis
nach Stade. Die Heimarbeiterinnen mögen aus
diesem Erfolge erneut den Wert der gemein-
schaftlichen Organisation erkennen und die För-
derung dazusetzen.

Aus der französischen Seidenindustrie. Die
Seidenindustrie in Frankreich macht noch immer
eine Krise durch, die im vorigen Jahr in Japan
begann und ihr große Verluste zufügte. Die
Regierung war gezwungen, etwa die Hälfte der
ganzen Seidenernte zu übernehmen, die sie zum
größten Teil noch auf Lager hat. Die Krise
pflanzte sich nach Japan über Amerika nach
Europa fort. In Japan ist die Lage noch
immer bedrohlich, während die Krise in
Amerika bereits überwunden zu sein scheint, was
die zahlreichen Bestellungen beweisen. Diese
Besserung in Amerika hat bereits ihre Rückwir-
kung auf den ökonomischen Markt gezeigt, der eine
deutliche Belebung zeigt. In Asien war das
Geschäft in ganz Europa in letzter Zeit ge-
wöhnlich. Wahrscheinlich wird die japanische Regierung
ihre Vorräte, wenn auch unter Verlusten, auf
den europäischen Markt werfen. Die Werte
sind in den letzten Wochen gestiegen, haupt-
sächlich wegen des Brandes, der in Shanghai
einige tausend Ballen chinesische Seide ver-
nichtet.

Drisgruppe Eberfeld-Barmen.

Mitgliederveranstaltungen:

Am 28. Mai im Reichshof mit Vortrag über
das Thema „Stand der deutschen Volkswirtschaft
und die Arbeiter“.

Am 30. Mai Vortrag „Kapital und Arbeit“.

Es ist Pflicht der Mitglieder, zu den Ver-
sammlungen zahlreich zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Unfertigung von Herren-Korsetts

bei Einlieferung der Stoffe für Lager und
garantiert für guten Sitz, sowie schnelle Lieferung.

J. Schaidwitz, Eberfeld, Nordstraße 1.

Tüchtiger, zuverlässiger

Schneider (Kor-

settarbeiter)

für sofort in dauernde

Beschäftigung gesucht.

Es wollen sich aber nur

wirklich tüchtige Arbeiter

melden.

J. Soerber, Neuwied.

Tüchtiger, selbständiger

Großhändler

der auch in Damen-

sachen bewandert

bei gutem Lohn

dauernd per Post gesucht.

Kost u. Logis im Haus

Frang, Kana, Bonn

und Damschneider

Cocher, Motel.

Rodschneider

sofort für dauernde Arbeit gesucht, Tarif 6,00

Albert Kleckardt, Wanne 1. B.

Druck: Volkswacht-Berlin, Köln, Domstraße 1. Verantwortlich
für die Redaktion: H. Wullen; für den Verlag: H. Schaidwitz.
beide in Köln; für den Internat.: D. Klotz, Berlin, Köpenicker
Waldstraße 67.